

„Die Kulturen von Dalits und Adivasi werden ignoriert“

Die Menschenrechtsanwältin Anamika über muslimische und christliche Dalits sowie die zunehmende Hinduisierung Indiens

Ludwig Penna

Anamika ist als Menschenrechtsanwältin für eine indische Nichtregierungsorganisation tätig. Ihren vollständigen Namen sowie den Namen ihrer Organisation nennen wir nicht, um ihre Person und ihre Arbeit zu schützen. Die Organisation setzt sich für die Rechte religiöser Minderheiten ein. Anamika ist in ihrem Beruf immer wieder mit Polizei und Justiz konfrontiert. Sie macht sich als Christin Sorgen um die Situation religiöser Minderheiten und den eingeschränkten Freiraum der Zivilgesellschaft in Indien. Laut indischer Verfassung haben die *scheduled castes* – die „gelisteten Kasten“ – Anspruch auf wirtschaftliche, soziale und politische Förderprogramme. Dazu gehörten zunächst ausschließlich hinduistische Dalits. Später wurden zum Beispiel auch buddhistische Dalits als *scheduled castes* klassifiziert. Doch bis heute bleibt christlichen und muslimischen Dalits dieser Status und damit auch der Zugang zu Programmen der „positiven Diskriminierung“ verwehrt.

Ludwig Penna: *Radikale Hindus finden in der indischen Öffentlichkeit zunehmend Gehör mit anti-muslimischen und anti-christlichen Äußerungen. Können Sie uns einen Überblick geben, wie sich die Situation von religiösen Minderheiten in den vergangenen Monaten entwickelt hat?*

Anamika: Generell beobachten wir, dass die Anzahl von Übergriffen gegenüber religiösen Minderheiten im Vergleich zu den Vorjahren nicht signifikant zugenommen hat. Doch wir nehmen auch wahr, dass sich Politiker und Entscheidungsträger häufiger gegen religiöse Minderheiten aussprechen. Gefährlich ist, dass ihnen eine große Präsenz innerhalb der Medien eingeräumt wird und Äußerungen gegen Christen und Muslime fast zu einer Routine geworden sind. Auch Parlamentarier sagen inzwischen öffentlich, dass die Situation von Minderheiten geschwächt werden muss und sie nicht in Indien leben dürfen. Muslimische und christliche Dalits kämpfen für die Anerkennung als *scheduled castes*, was

ihnen den Zugang zu Programmen der sogenannten „positiven Diskriminierung“ und Förderprogrammen der Regierung ermöglichen würde. Dazu steht noch eine Klage vor dem Obersten Gerichtshof aus. Einige Minister haben bereits offen kundgetan, dass Dalit-Muslime und Dalit-Christen nicht den gleichen Zugang zu den Programmen bekommen sollen wie Hindu-, Buddhisten- und Jain-Dalits. Das würde einen neuen, großen Rückschlag für die Bewegungen bedeuten, die sich seit Jahrzehnten für die Aufnahme der muslimischen und christlichen Dalits als *scheduled castes* einsetzen.

Bis vor wenigen Monaten wurde kaum von Übergriffen auf Dalits in den Medien berichtet. Wie sieht die mediale Berichterstattung aus – zum Beispiel bei Übergriffen gegenüber Dalit-Christen?

Wir beobachten eine vermehrte Berichterstattung bezüglich Übergriffe auf Dalits. Beispielsweise detaillierte Berichte über ein junges Dalit-Mädchen, das verprügelt wurde, weil ihr

Schatten auf eine höherkastige Person fiel. Doch es gibt keine explizite Berichterstattung über Dalit-Christen. Wir wissen über einen Fall von einem Dalit-Christen im Bundesstaat Andhra Pradesh, dem verboten wurde, einen Gottesdienst zu halten. Daraufhin hat er Anzeige erstattet. Gegen ihn wurde eine Gegenanzeige gestellt, die auf falschen Anschuldigungen beruht. So etwas passiert, ist aber noch kein Trend.

Weil Dalit-Christen nicht als *scheduled castes* anerkannt sind, fallen gewaltsame Übergriffe gegen sie unter „Gewalt gegenüber Minderheiten“. Das macht rechtlich einen großen Unterschied, der sich negativ auf die Betroffenen auswirkt, da sie weniger geschützt sind als *scheduled castes*.

„Ohne Rechtsstaatlichkeitskultur haben wir kaum eine Chance“

Wie schätzen Sie die Rolle von Polizei und Justiz bei Übergriffen auf Minderheiten ein?

Wir haben von einigen Fällen gehört, in denen Polizisten ihre Untätigkeit mit „jetzt ist es unsere Regierung“ begründet haben. Solche Aussagen nehmen zu. Die Polizei hat in einigen Fällen Angehörige religiöser Minderheiten mit der Begründung inhaftiert, dass sie konvertiert seien. Wir erinnern sie dann daran, dass Konvertierung per se nicht illegal ist. Die Antwort ist, dass es eine erzwungene Konvertierung sei. Das Problem ist, dass wir ohne Rechtsstaatlichkeit kaum eine Chance haben. Aber es gibt auch positive Signale. Seit kurzem gibt es einen neuen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Einer seiner ersten Kommentare war: „Die Justiz steht für Rechtsstaatlichkeit ein.“ Damit stehen sie auch für

Muslima und Hindu-Frauen beim Einkaufen im muslimischen Viertel in Kolkata. Laut Volkszählung 2011 bekennen sich rund 14,23 Prozent von Indiens Milliardenbevölkerung zum muslimischen Glauben.

Foto: Ludwig Penna

religiöse Minderheiten ein und gegen Intoleranz.

Doch das Rechtssystem arbeitet sehr langsam und hängt von den entsprechenden Richtern ab. Unsere Hoffnungen liegen trotz allem auf der Justiz, da sie von einigen Ausnahmen abgesehen bereits in der Vergangenheit die Rechte von Minderheiten geschützt hat. Sie haben es bereits erwähnt: Gerichtsverfahren können sehr lange dauern. Das variiert zwischen wenigen Wochen und einem Jahrzehnt. Wo liegen die Gründe hierfür?

Die Medien spielen definitiv eine Rolle. Wenn über einen Gerichtsfall prominent berichtet wird, stehen die Chancen gut, dass ein Urteilsspruch vergleichsweise schnell gefällt wird. Auch der Anwalt, der Täter oder Opfer vertritt, ist wichtig. Wenn es sich um einen erfahrenen Anwalt mit guter Reputation handelt, ist das sicher hilfreich. Entscheidend ist letztlich, ob und inwiefern das Gericht reagiert. Momentan gibt es laut Schätzungen 30 Millionen laufende Gerichtsverfahren. Wir haben in Indien

gute Nichtregierungsorganisationen, die Menschenrechtsverletzungen öffentlich machen. Doch sie haben nicht die Kapazitäten, die vielen Fälle alle vor Gericht zu bringen. Das nutzen auch Angestellte in den Behörden aus: Ihrem illegalen Handeln folgen in vielen Fällen keine Konsequenzen.

„Unternehmer sichern ihre Rechte mit viel Geld“

Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um die Kultur der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern?

Die Wurzeln der fehlenden Rechtsstaatlichkeitskultur liegen darin, dass juristische Prozesse teuer und schwerfällig sind. Deshalb denken viele Menschen, dass Klagen vor Gericht Zeitverschwendung seien. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Menschen ihre Rechte und die Rolle des Staates verstehen, sobald sie an juristischen Fortbildungen teilgenommen haben. Damit wird der Drang geweckt, sich für ihre Rechte einzusetzen. Es stimmt: Prozesse verlaufen schwerfällig, doch wenn wir sie nicht beanspruchen und aktiv werden, wird sich nichts verändern. Um die Kultur der Rechtsstaatlichkeit zu verbessern, muss der Zugang zu juristischer Hilfe gewährleistet sein. Doch dafür sind momentan die Kosten für einen erfahrenen Anwalt zu hoch. Richter hören unerfahrenen Anwälten zwar zu, doch ein erfahrener Anwalt ist in der Lage, die Dynamiken im Gerichtssaal zu verändern.

Sie sprechen viel über Anwälte. Gibt es überhaupt ausreichend Anwälte in Indien?

Ich glaube, es gibt nicht genügend gute Anwälte in Indien, die auf der Seite der Armen stehen. Wenn man sieht, dass eine Anhörung mit einem erfahrenen Anwalt im Obersten Gericht 100.000 Rupies (rund 1.300 Euro) kostet, und das sind noch nicht einmal ausgesprochen hohe Kosten, dann hat das eine abschreckende Wirkung auf arme Kläger und Angeklagte.



Ein obdachloser Müllsammler in Kolkata legt eine Arbeitspause ein.

Foto: Ludwig Penna

Die Kirche gibt kaum Geld für individuelle Fälle aus. Sie schützt die Institution, aber nicht die Menschen. Sie muss jedoch anerkennen, dass individuelle Gerichtsfälle häufig durchaus eine gesellschaftspolitische Wirkung haben, denn sie kommen vielen Menschen zugute, wenn überzeugend argumentiert wird. Schauen Sie sich die Unternehmen an, die unglaublich viel Geld für Gerichtsverfahren ausgeben und damit ihre Rechte sehr erfolgreich sichern.

„Schlimm ist das Gefühl, sich selber zensieren zu müssen“

Werfen wir einen Blick auf die generelle gesellschaftspolitische Situation in Indien. Beginnen zivilgesellschaftliche Freiräume in Indien zu schrumpfen?

Ja und nein. Rechtsstaatlichkeit nimmt zweifelsohne ab. Intellektuelle werden ermordet, das ist ein Warnhinweis. Die Meinungsfreiheit ist eingeschränkt. Das Schlimmste ist das Gefühl, sich selber zensieren zu müssen. Du hast Angst, deine Meinung frei zu äußern: Das ist nicht gesund für eine Gesellschaft.

Haben Sie Angst, dass die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft weiter eingeschränkt werden?

Die Beschränkungen werden zunehmen, weil die Polarisierung der Gesellschaft einigen politischen Parteien nutzt. Sie bekommen mehr Stimmen und werden dadurch gestärkt. Ein bekannter indischer Soziologe spricht von „dogs of war“ (abwertend für Söldner; Anm. d. Red.): Man braucht sie, um das Feuer am Wüten zu halten. In Indien treiben wir von einer Wahl zur nächsten – wir sind ständig im Wahlkampf in einem ständig wütenden Feuer.



Wie reagiert die Mehrheit der Gesellschaft, die 2014 die neue Regierung wegen des versprochenen wirtschaftlichen Aufschwungs gewählt hat? Sind sie zufrieden mit der momentanen Situation?

Ich glaube, dass die stille Mehrheit aufgebegehrt wird – aber nicht sofort. Momentan gibt es keine nennenswerte und glaubwürdige politische Opposition. Wir benötigen dringend Alternativen. Wenn Herr Modi seine wirtschaftlichen Versprechen nicht erfüllt, bekommt er Probleme. Wenn er den wirtschaftlichen Aufschwung als Hauptgericht liefert, werden die Wähler den Rassismus als Beilage akzeptieren. Doch meiner Ansicht nach muss um des Hinduismus willen ein Umgang mit der Intoleranz gefunden werden. Keiner möchte Teil einer gewalttätigen Religion sein.

Viele Inder und Inderinnen berichten von einer stärkeren Hinduisierung, einer stärkeren Ausrichtung nach hinduistischen Regeln. Wo wird das im Alltag deutlich und sichtbar?

Deutsch als Fremdsprache wurde aus dem indischen Lehrplan gestrichen und durch Sanskrit ersetzt. Nach einem Gespräch zwischen Modi und Merkel, die nicht glücklich über die Abschaffung war, wurde Deutsch wieder eingeführt. Zum Thema Yoga als Pflichtfach in Schulen: Es gibt eine Petition vor dem

Obersten Gericht, nach der Yoga systematisch und obligatorisch an Schulen eingeführt werden soll. Ähnlich die Einführung der alten Hindu-Schriften, der Gita und des Ramayana, im Geschichtsunterricht. Früher wurden sie im Fach Literatur gelesen – perfekt. Doch sie im Geschichtsunterricht zu lesen, hat eine ganz andere Signalwirkung. Der aktuelle Präsident des Indischen Rates für historische Forschung, Y. Sudershan Rao, ist ein RSS-Mitglied (Rashtriya Swayamsevak Sangh, Hindu-Freiwilligen-Korps), das über die Vorzüge des Kastensystems spricht und viele Gelder für die Erforschung des Ramayana ausgibt.

Natürlich haben wir in einem Land wie Indien viele Kulturen, was uns zu der Frage führt, welche Kulturen gefördert werden sollen. Momentan würden die meisten bestätigen, dass allein die brahmanische Kultur gefördert wird. Andere Kulturen wie die der Bhakti-Bewegung und die der Dalits oder Adivasi werden ignoriert.

Zum Autor:

Ludwig Penna ist Volkswirt, bereist Südasiens seit 2000 regelmäßig und arbeitet seit 18 Jahren in verschiedenen Hilfswerken.